

# Ein Jahr russische Annexion der Krim - Ein Jahr systematische Verfolgung der Krimtataren und anderer Minderheiten



## Impressum

### Für Menschenrechte. Weltweit.

Gesellschaft für bedrohte Völker (GfbV)  
Postfach 2024, D-37010 Göttingen  
Tel.: +49 551 49906-0 (Göttingen)  
Tel.: +49 030 42804891  
Fax: +49 551 58028  
E-Mail: info@gfbv.de (Göttingen)  
berlin@gfbv.de (Berlin)  
Internet: www.gfbv.de



Bank für Sozialwirtschaft  
Konto: 9 471 400  
BLZ: 251 205 10  
IBAN: DE82 2512 0510 0009 4714 00  
BIC: BFSWDE33HAN

Die GfbV ist eine Menschenrechtsorganisation für verfolgte ethnische und religiöse Minderheiten; NGO mit beratendem Status bei den UN und mitwirkendem Status beim Europarat. Sektionen, Büros oder Repräsentanten in Arbil, Bern, Bozen, Göttingen/Berlin, London, Luxemburg, New York, Pristina, Sarajevo/Srebrenica, Wien

**Text:** Sarah Reinke

**Redaktion:** Sandy Naake

**Layout:** Tanja Wieczorek, Hanno Schedler

**Preis:** 2,50 Euro

**Herausgegeben von der Gesellschaft für bedrohte Völker im Februar 2015**

# Ein Jahr russische Annexion der Krim - Ein Jahr systematische Verfolgung der Krimtataren und anderer Minderheiten

1. Einführung	5
2. Ermordungen	6
3. Verschwindenlassen	7
4. Verhaftungen	9
4.1 Der Fall des 3. Mai 2014	9
4.2 Der Fall des 26. Februar 2014	10
5. Durchsuchung von Wohnungen, Häusern, Moscheen und Kirchen	11
6. Vorgehen gegen den Medschlis, seine Mitglieder und krimtatarische und ukrainische Bürgerrechtler	12
7. Verstöße gegen die Versammlungsfreiheit	16
8. Verstöße gegen die Meinungs- und Pressefreiheit	17
9. "Nationalisierung" von Geschäften auf der Krim	20
10. Verstöße gegen die Religionsfreiheit	21
11. Straflosigkeit für "Selbstverteidigungskräfte"	23
12. Schluss	23
13. Anhang	
13.1 Brief an den russischen Präsidenten Wladimir Putin, 10.12.2014	25
13.2 Resolution der Jahreshauptversammlung der Gesellschaft für bedrohte Völker, 22.09.2014	27



## 1. Einführung

Vor einem Jahr haben pro-russische Kräfte die Macht auf der Krim übernommen, dann wurde die Halbinsel von Russland annektiert. Seitdem ist die Bevölkerung der Krim weitgehend isoliert und wurde mit schwerwiegenden Problemen, die sich durch die Annexion und die de facto Herrschaft einer Russland-treuen Regierung ergeben, allein gelassen. Die Aufmerksamkeit von Politik und Öffentlichkeit richtete sich 2014 / 2015 verständlicher Weise zunehmend auf den Osten der Ukraine, wo Krieg herrscht. In dieser Zeit wurden auf der Krim schwere Menschenrechtsverletzungen begangen. Das Vorgehen gegen die rund 300.000 Krimtataren, die von Anfang an gegen die Annexion durch Russland waren, aber auch gegen andere wie Ukrainer, die die Krim als Teil ihres Landes sehen, Gläubige, die nicht der russisch-orthodoxen Kirche Moskauer Patriarchat angehören, unabhängige Journalisten und Blogger, bezeichnen Menschenrechtsorganisationen aber auch der Menschenrechtskommissar des Europarates, Nils Muiznieks<sup>1</sup> als systematisch. Menschen wurden ermordet, entführt, verschwanden, wurden verurteilt und willkürlich verhaftet. Häuser, Wohnungen, Moscheen und Medressen sowie Schulen wurden durchsucht, ihre Bewohner eingeschüchtert und vom russischen Geheimdienst FSB befragt. Den wichtigsten krimtatarischen Politikern wird die Einreise auf die Krim verweigert. Russische Gesetze, wie das sogenannte „Extremismus-Gesetz“, werden gegen die Krimtataren angewandt.

Die Isolation führt dazu, dass keine internationalen Menschenrechtsorganisationen auf der Krim präsent sind. Informationen über Menschenrechtsverletzungen stammen von der „Feldmission Menschenrechte der Krim“<sup>2</sup>, von der Organisation *Krym SOS*<sup>3</sup>, sowie von krimtatarischen Medien, wie der Nachrichtenagentur *Crimean News Agency*<sup>4</sup>. In vielen Fällen jedoch braucht es eine effektivere Hilfe für Bürger, die sich in ihren Rechten verletzt sehen. So auch zu der dringlichen Frage der Wehrpflicht für die Krimbewohner in der russischen Armee.

Schwere Probleme bestehen bei der Frage der Staatsbürgerschaft. Russland forderte alle Einwohner der Krim auf, sich für eine russische Staatsbürgerschaft zu bewerben oder zu ihren Willen zu erklären, die ukrainische Staatsbürgerschaft zu behalten. Die Frist war der 18. April 2014. Danach waren alle Einwohner der Krim russische Staatsbürger, jene, die erklärt hatten, die ukrainische Staatsbürgerschaft behalten zu wollen, wurden faktisch zu Ausländern gemacht.

---

<sup>1</sup>[http://www.europarl.europa.eu/meetdocs/2014\\_2019/documents/droi/dv/102\\_muiznieksreport\\_/102\\_muiznieksreport\\_en.pdf](http://www.europarl.europa.eu/meetdocs/2014_2019/documents/droi/dv/102_muiznieksreport_/102_muiznieksreport_en.pdf)

<sup>2</sup> <http://crimeahr.org/>

<sup>3</sup> <https://www.facebook.com/CrimeaSOS>

<sup>4</sup> <http://qha.com.ua/en>

Die lokalen Machthaber bringen Kritiker zum Schweigen und versuchen die Informationen zu kontrollieren, die die Krim-Bewohner erhalten. Die meisten unabhängigen Medien mussten schließen, Journalisten oder Blogger mussten fliehen oder gingen, bevor ihre Lage zu gefährlich wurde.

Russland ist direkt verantwortlich für Menschenrechtsverletzungen auf der Krim. Daher ist es wichtig, dass die Situation auf der Krim und besonders die Verfolgung und Unterdrückung der Krimtataren auf den Tagesordnungen der internationalen Politik und Medien bleibt.

Die Gesellschaft für bedrohte Völker hat im September 2014 anlässlich der Regionalwahlen auf der Krim ein Memorandum<sup>5</sup> veröffentlicht, in dem die Entwicklung auf der Krim bis zum Veröffentlichungsdatum nachgezeichnet wird. Zusätzlich dokumentiert die GfbV nahezu täglich die Ereignisse auf der Krim mit dem Schwerpunkt Menschenrechtsverletzungen und Verletzungen der Rechte der Krimtataren auf dem GfbV-Blog<sup>6</sup>.

## 2. Ermordungen

In der ersten Zeit während der Besetzung der Krim durch russische Soldaten und kurz nach der Annexion wurden mehrere Morde verübt, die bis heute nicht aufgeklärt wurden.

Am **3. März 2014** wurde der krimtatarische Aktivist **Reschat Achmetow** im Zentrum von Simferopol von Männern in Tarnuniformen festgenommen. Am 15. März wurde sein Leichnam gefunden. Dieser wies deutliche Spuren von Folter auf. Todesursache waren zwei Stichwunden in den Oberkörper und die Augenbrauen. Die russischen Behörden verweigern den Anwälten nach wie vor die Einsicht in alle Akten zu diesem Fall und eine Beschwerde des Anwalts dagegen wurde nicht im vorgesehenen Zeitrahmen beantwortet.

**Stanislaw Karaschewski**, ein Major der ukrainischen Flotte, wurde am **6. April 2014** von Soldaten der russischen Armee in Novofedorovka in einer Unterkunft der ukrainischen Armee getötet.

**Mark Ivanjuk** wurde am **20. April 2014** in der Nähe des Dorfes Olenevka, wo er lebte, getötet. Ein Ermittlungsverfahren wurde im August 2014 eingestellt, ohne dass die

---

<sup>5</sup> <https://www.gfbv.de/uploads/download/download/335.pdf>

<sup>6</sup> <https://gfbvberlin.wordpress.com/>

Familie von Ivanjuk darüber informiert wurde. Presseberichten zufolge könnten Polizisten in den Mord verwickelt sein und ein Grund für das Verbrechen könnte gewesen sein, dass Ivanjuk Ukrainisch gesprochen hat.

### 3. Verschwindenlassen

Mindestens 18 Fälle von Verschwindenlassen wurden vor allem im Herbst 2014 dokumentiert. Sechs der Verschwundenen wurden wieder freigelassen. Zwei wurden tot aufgefunden. Von den anderen fehlt jede Spur. Es muss davon ausgegangen werden, dass möglicherweise weitere Männer verschleppt wurden. Gerade junge Krimtataren waren betroffen. Der Machthaber auf der Krim, Sergej Aksjonow, sagte am 5. Februar 2015, die Suche nach den Verschwundenen und die Aufklärung dieser Verbrechen habe Priorität und sei „Ehrensache“<sup>7</sup>.

Am **25. Mai 2014** verschwand **Timur Schajmardanov**. Der 34-Jährige verließ am Morgen seine Wohnung, um zur Arbeit zu gehen. Seitdem fehlt jede Spur von ihm. Fünf Tag später, am **30. Mai 2014**, verschwand auch sein Freund, der 33-jährige **Sejran Zinedinow**. Beide waren, wie der später wieder frei gelassene **Leonid Korzh**, Mitarbeiter der NGO *Ukrainisches Haus*. Zinedinow hatte am selben Tag Schajmaradovs Frau gesagt, an dem Verschwindenlassen ihres Mannes könnten die sogenannten Selbstverteidigungskräfte der Krim schuld sein. Danach wollte er nach Hause gehen, kam dort aber nie an. Beide Männer hatten an vielen Veranstaltungen, Demonstrationen und Protestaktionen gegen die russische Annexion der Krim teilgenommen. Wegen des Verschwindenlassens wurde ein Strafverfahren eingeleitet, das jedoch keinerlei Ergebnisse gebracht hat. Die Verwandten sagten aus, sie seien eher zu den politischen Überzeugungen der Opfer als zu dem tatsächlichen Verschwindenlassen befragt worden.

Der 1983 geborene und in Kiew wohnhafte **Walentin Petrovic** verschwand am **18. September 2014**. Er war am 17. September von Kiew mit dem Zug nach Simferopol gefahren. Seinem Vater zufolge hatte er seiner Familie nicht mitgeteilt, weshalb er nach Simferopol fuhr, hatte aber gesagt, dass er am 19. September zurückkehren würde. Am 18. September jedoch hörte die Familie zum letzten Mal von Walentin. Der Vater wandte sich sofort an die zuständigen Behörden mit dem Ergebnis, dass Walentin eventuell von den sogenannten Selbstverteidigungskräften der Krim verschleppt wurde. Am 18. September war von ihnen eine ganze Gruppe verhaftet worden, einige wurden wieder freigelassen, andere nicht. Erst Anfang Oktober 2014 fand die Familie heraus, dass Walentin im Lefortovo Gefängnis in Moskau festgehalten wird.

---

<sup>7</sup> <http://qha.com.ua/investigation-of-crimean-tatars-missing-in-crimea-underway-aksyonov-133075en.html>

Am **27. September 2014** wurde im Dorf Sary-Su der 18-jährige **Isljam Dzhepparov** und sein 23-jähriger Cousin **Dzhevdet Isljamov** verschleppt. Unbekannte in schwarzen Uniformen – das ist nach Aussagen von Menschenrechtlern auf der Krim die Kleidung der „Selbstverteidigungskräfte“ – hatten die jungen Männer gestoppt und durchsucht. Dann hatten sie sie in einen blauen Minibus mit verdunkelten Scheiben gezwängt und sind in unbekannte Richtung davon gefahren. Der Vater von Isljam Dzhepparov wandte sich sofort an die Polizei. Die half aber nicht. Der Vater ist überzeugt, dass der russische Geheimdienst hinter der Entführung steckt. Auch in diesen Fällen wurden Strafverfahren eingeleitet, die zu keinem Ergebnis geführt haben.

Am **29. September 2014** verschwand der 25-jährige **Edem Asanov** auf dem Weg von Sak nach Jevpatoria. Am 6. Oktober 2014 fand man ihn erhängt in einem früheren Sanatorium in Jevpatoria. Ein Abschiedsbrief wurde gefunden. Die Familie verlegte die Beerdigung von Asanov, sodass keine Medien anwesend waren. Es bleiben aber offene Fragen zu dem Fall. Ein Mann des gleichen Namens wird im Zusammenhang mit dem Fall des mittlerweile in Moskau verhafteten Regisseurs Oleg Sentsov genannt. Sentsov wird vorgeworfen, einen Terroranschlag auf der Krim vorbereitet zu haben. In dieser Version wird behauptet, die Sicherheitsbehörden hätten Asanov im Zusammenhang mit dem Fall Sentsov verschleppt und als sie ihren Fehler feststellten, Asanovs Selbstmord inszeniert.

Am **3. Oktober 2014** verschwand in Simferopol der 23-jährige **Eskender Apsejlamov**. Gegen 17:30 Uhr verließ er die Wohnung und wollte zu seiner Arbeit gehen, die nur 15 Minuten entfernt liegt. Dort kam er jedoch nie an. Das letzte Mal gesehen wurde der junge Mann, als er in einem Laden in der Nähe der Arbeitsstelle Zigaretten kaufte. Nach seinem Verschwinden suchten die Verwandten alle Krankenhäuser, Polizeiwachen und Moscheen in der Stadt ab, aber sie fanden Eskender nicht. Nach den Aussagen seiner Familie war er ein großer Fußballfan und interessierte sich nicht für Politik. Ein Ermittlungsverfahren wurde eingeleitet, ohne Erfolg.

Am **13. Oktober 2014** verschwanden die zwei 18-jährigen Studenten **Artem Dajrabekov** und **Beljal Biljalov** in Simferopol. Tagsüber waren sie noch auf einem Fußballplatz gesehen worden, danach waren ihre Telefone ausgeschaltet. Am Abend des darauffolgenden Tages wurde der Leichnam von Biljalov am Stadtrand gefunden, er soll Spuren schwerer Folter aufgewiesen haben. Mit ähnlichen Stichverletzungen wurde Dajrabekov ins Krankenhaus eingeliefert und nach der ärztlichen Behandlung wieder nach Hause entlassen. Die Menschenrechtsverteidiger der *Feldmission Krim* sagen aus, dass sie zu diesen beiden Fällen kaum Informationen recherchieren konnten, weil auch die Familien der jungen Männer nichts aussagen sowie Freunde und Nachbarn unterschiedliche Versionen des Hergangs berichten.

Seit dem **21. Oktober 2014** wird der 29-jährige Krimtatare **Usein Seitnabijew** aus Feodosija vermisst. Sein Bruder teilte mit, dass Usein auf dem Weg von der Arbeit nach Hause war und sich um 19:30 meldete, um zu sagen, dass er gleich kommen würde. Kurz darauf war er auf dem Mobiltelefon nicht mehr erreichbar und seitdem fehlt jede Spur von ihm. Seine Familie kann sich sein Verschwinden nicht erklären und ist in großer Sorge angesichts der anderen verschwundenen Krimtataren.

## 4. Verhaftungen

### 4.1 Der Fall des 3. Mai 2014

Am 3. Mai 2014 versuchte Mustafa Dschemilew über den Kontrollposten Armyansk auf die Krim einzureisen. Hunderte Krimtataren wollten ihn begrüßen und willkommen heißen. Die Einreise wurde Dschemilew verweigert und Teilnehmer an der Willkommensdemonstration drangsaliert. Mehr als 200 von ihnen mussten Geldstrafen bezahlen, oftmals wurden ihre Wohnungen durchsucht, sie wurden erkennungsdienstlich von der Polizei erfasst. Dieser Fall „3. Mai“ wird von den Behörden als Druckmittel gegen die Krimtataren eingesetzt und auch dazu genutzt, um ihre Führungsfiguren arbeitsunfähig zu machen. Mehrere Teilnehmer wurden verhaftet und für zwei Monate verurteilt. Am **16. Oktober 2014** wurde **Musa Apkerimov** verhaftet, am **17. Oktober 2014** **Rustam Abdurachmanov**, am **22. Oktober 2014** **Tair Smedljaev**, am **25. November 2014** **Edem Ebulisov** und am **21. Januar 2015** **Edem Osmanov**. Bis auf Edem Osmanov sind die Männer wieder auf freiem Fuß, ihre Verfahren dauern jedoch an und sie dürfen die Krim nicht verlassen.

Am **12. September 2014** holten russische Grenzschrützer in der Nacht gegen drei Uhr die Ukrainerin **Olha Skrypnyk** und ihren Ehemann Vissarion Asejew, der russischer Staatsbürger ist, aus einem Zug von Moskau nach Odessa. Sie sagten, die beiden Menschenrechtler könnten nur unter Auflagen die Russische Föderation verlassen. Olha Skrypnyk ist die stellvertretende Leiterin der *Crimea Human Rights Field Mission* und die Direktorin des *Almenida Centers for Civic Education*. Auch ihr Mann arbeitet für die *Field Mission*. Das Paar lebt in Kiew und setzt sich sowohl für die Menschenrechte auf der Krim als auch für Flüchtlinge von der Halbinsel ein.

Am Freitag, den **21. November 2014**, wurden etwa 100 Personen auf einem Markt in Simferopol festgenommen. Das ist schon die zweite Razzia nach einer ähnlichen Aktion auf dem Tawria Markt auch in Simferopol am 15. November, als die Polizei ohne Erklärung rund 60 Personen anhielt, Fingerabdrücke und DNA-Proben nahm. Augenzeugen sagen aus, dass mindestens zwei Personen währenddessen geschlagen worden seien. Die Beamten sagten, sie kämen vom russischen Innenministerium, von der

Abteilung zur Bekämpfung des Extremismus. Nur 15 der 100 Personen sahen „slawisch“ aus. Alle wurden zum „Zentrum zur Bekämpfung des Extremismus“ gefahren, dort fotografiert, Fingerabdrücke und DNA-Proben wurden genommen. Jene, die ihre Pässe dabei hatten, wurden nach einigen Stunden freigelassen, andere mussten auf Freunde oder Familienmitglieder warten, die ihre Papiere brachten und wurden dann auf freien Fuß gesetzt. Viele wurden aufgefordert, Papiere zu unterschreiben, auf denen stand, dass sie keine Beschwerde gegen das Verhalten der Polizei vorbringen würden. Schon in den Wochen und Monaten zuvor wurden türkische und krimtatarische Cafés durchsucht, Personen befragt und fotografiert.

Am **5. Dezember 2014** wurde der stellvertretende Direktor der Staatsanwaltschaft der Ukraine, der seine Verwandten auf der Krim besuchte, in dem Zug von Simferopol nach Kiew festgenommen. Er wurde zu einem unbekanntem Ort gebracht und dann im Gefängnis Saki zehn Tage lang verhört. Es wurde ihm vorgeworfen, einen Terroranschlag auf die Staatsanwaltschaft der Krim geplant zu haben. Er wurde sowohl psychisch als auch körperlich unter Druck gesetzt. Nach zehn Tagen kam er auf freien Fuß.

Am **23. Januar 2015** wurden drei Personen in Sewastopol vom Geheimdienst FSB festgenommen. Zuvor wurden ihre Wohnungen durchsucht. Noch am selben Tag wurden sie vor Gericht gestellt. Es wird ihnen vorgeworfen, der Organisation *Hizb ut Tahrir*<sup>8</sup> anzugehören. Dem einen Angeklagten könnten nach Aussage des Anwalts zwischen 15 und 20 Jahre Haft oder lebenslang drohen für die Organisation einer Hizb ut Tahrir Gruppe, den anderen beiden zwischen fünf und zehn Jahren für die Teilnahme daran. Am 26. 1. wurden die Verhafteten in Isolationshaft ins Untersuchungsgefängnis Simferopol gebracht. *Hizb ut Tahrir al Islam* ist eine internationale islamistische Organisation. Russland ist der einzige Staat, in dem diese Organisation als terroristisch eingestuft wird. Das wird von mehreren Menschenrechtsorganisationen kritisiert und als unbegründet abgelehnt.

#### 4.2 Der Fall des 26. Februar 2014

Am **29. Januar 2015** wurde **Achtem Chijgoz**, der Vizepräsident des Medschlis<sup>9</sup> festgenommen. Er soll bis zum 19. Mai 2015 in Haft bleiben. Ihm wird vorgeworfen, „Massenunruhen“ organisiert zu haben. Gemeint ist eine Demonstration am 26. Februar 2014 in Simferopol, also am Tag, bevor die russischen Truppen die Macht auf der Krim

---

<sup>8</sup> Hizb ut Tahrir ist eine Bewegung, die aus der Muslimbruderschaft hervorgegangen ist. Sie wird als islamistisch eingestuft und ist in Deutschland und weiteren Staaten verboten. Nach Einschätzung von Islamwissenschaftlern ist die Organisation an sich nicht gewaltbereit, Ziel ist es aber Muslime zu radikalisieren.

<sup>9</sup> Der Medschlis ist die Exekutive der Selbstvertretung der Krimtataren. Er geht aus dem Kurultaj, das heißt der Volksversammlung hervor. Er repräsentiert die Belange der Krimtataren gegenüber den Regierungen der Staaten in dem sie leben und gegenüber dem Ausland. Er wurde 1991 gegründet und seit 2013 von Refat Tschubarow geleitet. Link zu offiziellen Internetseite des Medschlis: <http://qtmm.org/ru>

übernommen haben. Auf dieser Demonstration stellten sich die Krimtataren an die Seite der Ukraine und gegen Russland. Während der Demonstration erlitt ein Teilnehmer einen Herzinfarkt. Der Tod eines weiteren Teilnehmers ist nicht aufgeklärt. Chijgoz, der versucht hatte, die Teilnehmer zu beruhigen – dafür gibt es Beweismaterial auf Video – wird nun beschuldigt, am Tod dieser zwei Personen Schuld zu sein. Ihm drohen, so die Staatsanwältin der Krim, bis zu zehn Jahre Haft. Ein weiterer Teilnehmer an dieser Demonstration, der 28-jährige **Aleksander Kostenko** wurde am **9. Februar 2015** verhaftet. Kostenko wird beschuldigt, während der Demonstration einen „Berkut“<sup>10</sup> Polizisten mit einem Stein an der Hand verletzt zu haben. Ukrainische Menschenrechtler klagen, dass es unrechtmäßig sei, dass ein ukrainischer Staatsbürger, der an einer Demonstration in der Ukraine teilgenommen und dabei mutmaßlich einen weiteren ukrainischen Staatsbürger verletzt habe, nun vor ein russisches Gericht gestellt werden solle.

## 5. Durchsuchungen von Wohnungen, Häusern, Moscheen, Kirchen

Seit Beginn der Annexion wurden viele Wohnungen und Häusern von Krimtataren, Moscheen und Medressen, aber auch Schulen und Bibliotheken durchsucht. Besonders betroffen waren Medschlis-Mitglieder und krimtatarische Geistliche, Ukrainer von der Krim, die sich öffentlich gegen die Annexion geäußert haben, und andere. In Russland stehen etliche Bücher auf dem Index, die in muslimischen Familien auf der Krim verbreitet sind und auch in Moscheen, Medressen oder in Bibliotheken verfügbar sind. Diese Bücher sollten bis zum 1. Januar 2015 abgegeben werden und dürfen nicht mehr auf der Krim vorrätig sein. Diese Bestimmung wurde als Vorwand für die Durchsuchungen genommen<sup>11</sup>. Viele Bücher, die nicht auf diesem Index stehen, wurden bei unangekündigten illegalen Durchsuchungen auch mitgenommen.

Im Bezirk Nizhnegorsk wurden Anfang September 2014 Häuser von mehreren krimtatarischen Familien durchsucht. Am 4. September gegen 7:40 Uhr durchsuchten 15 Mitarbeiter des Geheimdienstes FSB das Haus der Familie Paralamow im Dorf Dvurechye. Ruslan Paralamow, seine Frau, seine Mutter und seine beiden kleinen Kinder waren zu Hause, als die Männer ihn zu Boden stießen und mit Handschellen fesselten. Sie lasen einen Durchsuchungsbefehl vor und öffneten die Handschellen. Zwei Stunden lang durchsuchten die Männer das Haus, stöberten durch Bücher und nahmen

---

<sup>10</sup> Berkut war die Bezeichnung für die Spezialeinheit der ukrainischen Polizei, die zur Verbrechensbekämpfung aber auch gegen Demonstranten während der „oranigen Revolution“ und während des Euromaidan eingesetzt wurde. Ihr werden Menschenrechtsverletzungen vorgeworfen.

<sup>11</sup> 2007 hatte das russische Justizministerium eine „Föderale Liste extremistischen Materials“ veröffentlicht, auf der mehr als 2.400 Titel stehen, darunter auch islamische religiöse Bücher. Das Drucken, Besitzen und Verteilen der Titel steht unter Strafe. Die Behörden auf der Krim räumten den Besitzern von Titeln, die auf dieser Liste stehen, drei Monate ein, um sie abzugeben.

Paralamow zum Verhör mit. Zeitgleich wurden die Häuser von weiteren acht muslimischen Familien durchsucht. Auch der Vorsitzende des Medschlis von Nizhnegorsk, Mustafa Salam, war Ziel einer Durchsuchung. Auch er wurde zusammen mit seinen Söhnen zum Verhör gebracht. Diese Durchsuchungen sollen die Krimtataren einschüchtern, sind Vertreter des Medschlis überzeugt. Es wurden keine Belege für extremistische Tätigkeiten und auch keine in Russland verbotenen Bücher gefunden.

Am 18. Dezember 2014 wurde das Haus von Mustafa Jagjaev, früher Vorsitzender des örtlichen Medschlis und jetzigen muslimischen Geistlichen im Dorf Turgenevka durchsucht sowie zeitgleich die lokale Moschee. Die Polizisten nahmen den Nachbarn ihre Handys weg, damit diese nichts filmen könnten. Bereits Gefilmtes wurde gelöscht. Mehr als 20 Polizisten waren vor Ort. Angeblicher Hintergrund seien Äußerungen Jagjaevs vom März 2014 gewesen, die zu ethnischen Zwistigkeiten führen könnten.

## 6. Vorgehen gegen den Medschlis, seine Mitglieder und krimtatarische sowie ukrainische Bürgerrechtler

Gegen **Mustafa Dschemilew**<sup>12</sup>, den heutigen Bevollmächtigten des ukrainischen Präsidenten für die Belange der Krimtataren, wurde am 19. April 2014 ein fünfjähriges Einreiseverbot in die Russische Föderation und damit auch auf die Krim ausgesprochen. Er lebt also von seiner Familie getrennt in Kiew. Am 12. Februar 2015 bestätigte das Moskauer Basmany Gericht das Einreiseverbot, das vom Föderalen Migrationsdienst ausgesprochen worden war. Ein Mitarbeiter des Dienstes bezeichnete Dschemilew als „Gefahr für die nationale Sicherheit“. Als sein Schwiegervater starb, konnte er nicht an den Trauerfeierlichkeiten teilnehmen.

Auch zu seinem Sohn wird ihm der Kontakt verwehrt. **Hayzer Dschemilew** wird in einem Gefängnis in der südrussischen Region Krasnodar festgehalten. Dort soll er auch vor Gericht gestellt werden. Diese Inhaftierung wurde von vielen Stellen kritisiert. Am 10. Juli 2014 hatte auch der Europäische Menschenrechtsgerichtshof in einer Direktive an die russischen Behörden appelliert, Hayzer frei zu lassen. Hayzer hatte im Mai 2013 auf Fevzi Edemov geschossen, einen Angestellten der Familie. Alle Beweise legen einen tragischen Unfall nahe. Hayzer hat die ukrainische Staatsangehörigkeit und damit besteht keine rechtliche Grundlage für seine Haft in Russland. Die russischen Behörden versuchen, den Fall seines Sohnes gegen Mustafa Dschemilew einzusetzen.

---

<sup>12</sup> Nähere Informationen zu Dschemilew s. <https://www.gfbv.de/inhaltsDok.php?id=538&highlight=Dschemilew>

Ein Jahr Annexion – Ein Jahr systematische Menschenrechtsverletzungen an den Krimtataren

Am 3. Mai 2014 versuchte Dschemilew auf die Krim einzureisen. Er fuhr zum Grenzübergang in Armyansk. Von der anderen Seite der hier verlaufenden Grenze zwischen der Ukraine und der Krim wollten ihn Krimtataren empfangen. Doch die Einreise wurde ihm verweigert. Viele derer, die ihm entgegen kommen wollten, wurden in der Folge von den Behörden befragt, teils verurteilt.

In der Nacht auf den 1. September 2014 brach eine unbekannte Person die Tür des krimtatarischen Gemeindezentrums in Simferopol ein und beschmierte das Gebäude mit der Nummer „666“ und obszönen Bildern. Das berichtet die regionale Nachrichtenagentur *Crimea.Reality*. Die Krimtataren informierten die Polizei und dokumentierten die Zerstörung. Sie interpretieren den Einbruch als weiteren Übergriff in einer Reihe von Schikanen, nachdem die krimtatarische Führung zum Boykott der Regionalwahlen am 14. September aufgerufen hatte.

Zuvor hatte der Medschlis-Vorsitzende Refat Tschubarow auf seiner Facebook-Seite darüber berichtet, dass der russische Geheimdienst FSB damit begonnen habe, Bücher über Mustafa Dschemilew zu konfiszieren. Es geht besonders um das 2014 erschienene Buch „ Mustafa Jemilev: Crimean Tatar voice not heard for decades“ von Gulnara Bekirowa. Das Buch enthält neben historischen Fakten und Erinnerungen prominenter Sowjetdissidenten an Dschemilew auch dessen Reden auf dem Kiewer Maidan und vor dem UN Sicherheitsrat am 31. März 2014.

Auch **Refat Tschubarow**, Vorsitzender des Medschlis, darf seit dem **5. Juli 2014** für fünf Jahre nicht auf die Krim reisen.

Am **9. August 2014** wurde **Ismet Yuksel**, Leiter der Nachrichtenagentur *Crimean News Agency* und Berater des Medschlis, mit einem fünfjährigen Einreiseverbot belegt. Ismet Yuksel selbst ist Türke, hatte aber seit 20 Jahren auf der Krim gelebt. Seine Frau, **Gajana Yuksel**, ein Mitglied des Medschlis wurde am **21. September 2014** aus dem Zug von Kiew nach Simferopol geholt und drei Stunden lang im Bahnhof von Dschankoj befragt. Ihr Reisepass wurde ihr abgenommen. Diese Schikane gegen Gajana Yuksel kam am Vorabend der Weltkonferenz für Indigene Völker in New York. Dorthin wollte auch der krimtatarische Wissenschaftler Nadir Bekir reisen. Er wurde jedoch angegriffen, als er zum Bahnhof Dschankoj ging, von wo aus er den Zug nach Kiew nehmen und vom dortigen Flughafen nach New York fliegen wollte. Sein Pass und sein Mobiltelefon wurden entwendet.

Am **15. September 2014** führten 16 bewaffnete Männer eine Durchsuchung der Wohnung von **Eskander Bariew** durch, einem Mitglied des Medschlis, und nahmen die Computer mit. Bariew sagt, dass die Männer, bewaffnet mit Maschinengewehren, um ca.

6:30 in seine Wohnung einbrachen und anfangen, sie zu durchsuchen. Bariews Frau und kleine Kinder wurden Zeugen der Durchsuchung. Sie behaupteten, sie suchten, als Teil einer strafrechtlichen Untersuchung der Ereignisse vom 3. Mai 2014, nach Waffen, Munition und verbotener Literatur. Einen Durchsuchungsbefehl zeigten sie nicht. Eine andere Durchsuchung wurde im Haus des Oberhauptes des Belgoroder Regional-Medschlis, Mustafa Asaba, durchgeführt.

Am **17. September 2014** führten Bewaffnete auch eine Razzia in mindestens vier krimtatarischen Häusern im Dorf Kolytschugino, außerhalb von Simferopol durch. Auch hier wurden die Ereignisse des 3. Mai zum Vorwand genommen, dazu ein einige Monate zurückliegender häuslicher Vorfall. Sechs Polizeiautos und ein GAZ-Mannschaftswagen, der mit Maschinengewehren bewaffnete Männer transportierte, erschienen in dem Dorf. Die Suche selbst – angeblich nach Waffen, Drogen und „verbotener Literatur“, dauerte 2-3 Stunden.

Am **17. September 2014** wurde dem Medschlis 24 Stunden gegeben, sein Hauptquartier in Simferopol zu „räumen“. Wie einer, sowohl dem Leiter der „Krim-Stiftung“ als auch dem Mitglied des Medschlis am 17. September verlesenen einstweiligen Verfügung zu entnehmen ist, muss das Gebäude binnen 24 Stunden „geräumt“ sein. Wenn nicht, wird aller Besitz beschlagnahmt und niemandem wird es dann noch erlaubt sein, das Gebäude zu betreten.

Der offizielle Grund, der dafür angegeben wird, ist eine Verfügung, die das zentrale Distriktgericht von Simferopol am 15. September erlassen hat. (Az № 2-1688/14). Das Dokument verbietet der Stiftung, ihre Rechte als Eigentümerin des Medschlis-Hauptquartiers und einer Anzahl weiterer Immobilien wahrzunehmen, eingeschlossen des Rechts auf Vermietung oder Verkauf. Sollte die Stiftung dieser Anordnung nicht nachkommen, könnte ihr strafrechtliche Verfolgung drohen.

Das Gebäude auf der Schmidt-Straße beherbergt den Medschlis, das Büro der offiziellen Zeitung des Medschlis, „Avdet“ und die Büros der Wohltätigkeitsstiftung. Schewkiew erklärte dem Krim-Service von Radio Swoboda, dass es unmöglich ist, die im Gebäude befindlichen Gegenstände herauszuholen. Schewkiew bringt die Entwicklung mit dem schwachen Ergebnis der am 14. September durchgeführten „Wahlen“ für das Krim-Parlament und die Gebietskörperschaften in Zusammenhang. Der Medschlis hatte die Krimtataren und alle Einwohner der Krim, wegen der seit der Annexion der Krim stattfindenden gravierenden Menschenrechtsverletzungen und besonders der Verletzung der Rechte der Krimtataren, dazu aufgerufen, die Wahlen zu boykottieren. Der Medschlis lässt sich juristisch beraten, um seine nächsten Schritte abzusprechen.

Am **10. Dezember 2014** wurde die über 80-jährige Krimtatarin **Vedzhie Kashka** zum Gespräch beim Geheimdienst FSB vorgeladen. „Ich bin kein Feigling und habe mich nie versteckt. Deshalb bin ich auch hingegangen, aber ich wusste nicht weshalb“, kommentiert Vedzhie Kashka, eine Veteranin der krimtatarischen Nationalbewegung, die Aufforderung, zu einer Aussage ins Büro des russischen Geheimdienstes zu kommen. Kashka sollte wegen einer Herzuntersuchung eigentlich am 10. Dezember ins Krankenhaus. Stattdessen musste sie sich eine Stunde lang befragen lassen. Schließlich schämten sich die FSB-Männer selbst und versprachen, keine solchen „Einladungen“ mehr zu versenden.

**Sinaver Kadyrow** ist ein Veteran der krimtatarischen Nationalbewegung. Er hatte im November 2014 eine neue Organisation zum *Schutz der Rechte der Krimtataren* gegründet. Diese führte am **17. Januar 2015** in Simferopol die zweite All-Krim Konferenz über die Rechte der Krimtataren durch. Doch die Konferenz sollte massiv gestört werden: 30 junge Männer erschienen, sowohl Krimtataren als auch Russen, sie unterbrachen die Sprecher, rempelten Teilnehmer an, schrien und bedrohten Gäste und Teilnehmer. Sie versuchten auch, die Organisatoren der Konferenz zu provozieren. Diese hielten die Arme in die Höhe, um deutlich zu machen, dass sie sich nicht provozieren lassen würden. Obwohl Polizisten anwesend waren, unternahmen diese nichts. Es sollen auch in Zivil gekleidete Geheimdienstmitarbeiter auf der Konferenz gewesen sein. Die Organisatoren sahen sich schließlich gezwungen, die Konferenz abubrechen und die Polizei zu holen. Erst nach dieser Unterbrechung, konnte die Arbeit fortgesetzt werden. Allein im Dezember 2014 erhielt die Organisation 300 Anrufe von Personen, die bei der neu gegründeten Organisation Rat und Hilfe suchten. Sinaver Kadyrow wollte sich im Januar 2015 wegen eines Herzleidens in der Türkei medizinisch behandeln lassen. Er versuchte gemeinsam mit den Koordinatoren der Organisation zum *Schutz der Rechte der Krimtataren*, über den Grenzübergang in Armyansk nach Kherson aus und von dort weiter in die Türkei zu reisen. Dort jedoch wurde die Gruppe aufgehalten und befragt. Während seine beiden Begleiter in ihrem Auto warten durften, musste Kadyrow alleine in einem kleinen Raum zwei Stunden warten. Dann wurde ihm mitgeteilt, er habe die aufenthaltsrechtlichen Regelungen der Russischen Föderation verletzt. Insgesamt war die Gruppe sieben Stunden lang festgehalten worden. In einem 20-minütigen Schnellverfahren entschied das örtliche Gericht, Kadyrow auszuweisen. Kadyrow hatte sich geweigert, die russische Staatsbürgerschaft anzunehmen und behielt die ukrainische Staatsbürgerschaft. Das bedeutet, er ist ein Ausländer auf der Krim und muss die Region alle 90 Tage verlassen, um sein Aufenthaltsrecht zu erneuern. Kadyrow hatte aber erst im Dezember die Krim verlassen, d.h. dass er eigentlich bis März legal dort leben dürfte.

Als sie am Abend des **19. Januar 2015** von der Ukraine auf die Krim fahren wollte, wurde **Emine Avamileva**, eine Rechtsanwältin und Mitglied des Medschlis sowie des Kurultaj<sup>13</sup>, über zwei Stunden von Grenzbeamten am Übergang Armjansk festgehalten. Frau Avamileva erhielt keine Erklärung für diese Behandlung. Sie ist eine von vielen Medschlis-Mitgliedern, die in solcher Weise schikaniert wurden.

Am **29. Januar 2015** wurde **Achtem Chijgoz**, der Vizepräsident des Medschlis verhaftet<sup>14</sup>. Er muss mindestens bis zum 19. Mai in Haft bleiben.

Die pro-russische Führung versucht sehr aktiv die gewählten Mitglieder des Medschlis und des Kurultaj gegen „loyale“ Krimtataren auszutauschen. Präsident des Medschlis soll demnach der derzeitige Vizesprecher des Parlamentes, Remsi Iljasow werden. Iljasow hat in Feodosija die Organisation „Kyyrym“ gegründet, um den dortigen regionalen Medschlis auszubooten. Dies könnte eine neue Methode sein: Nachdem es bislang nicht geglückt ist, den zentralen Medschlis auf Kurs des Regimes zu bringen, könnten die regionalen Selbstvertretungsorgane so stark unter Druck gesetzt werden, dass sie den Widerstand gegen die derzeitigen Machthaber aufgeben. Schon jetzt werden Medschlis-Mitglieder in den Regionen unter Druck gesetzt, zu „Gesprächen“ mit dem Geheimdienst einbestellt und ähnliches. Am **19.2.2015** traf sich in Simferopol Remzi Iljasow mit dem Mufti der Krim, Emirali Ablajew und sechs Mitgliedern des Medschlis. Das Thema war „gemeinsame Anliegen der Kooperation zwischen dem Medschlis der Krimtataren und der Regierung sowie die Teilnahme des Medschlis am Leben der Krimtataren, die als unzufrieden stellend beschrieben wurde, zu besprechen. Iljasow drängte die Medschlis-Mitglieder „persönliche Verletzungen hintanzustellen und zu beginnen, im Interesse des Volkes zu arbeiten. Ali Hamzin, Außenbevollmächtigter des Medschlis, betonte dagegen, dass die Probleme in Übereinstimmung mit den Programmen des Medschlis, innerhalb des russischen gesetzlichen Rahmens gelöst werden müssten.

## 7. Verstöße gegen die Versammlungsfreiheit

Die Versammlungsfreiheit auf der Krim ist massiv eingeschränkt. Es gibt mehrere Tage im Jahr, an denen die Krimtataren sich traditionell versammelt hatten. Einer davon ist der 18. Mai, der Jahrestag der Deportation. Bereits im Vorfeld des 70. Jahrestages 2014 hatten die Behörden alle Versammlungen bis zum 6. Juni 2014 verboten. Am 18. Mai durften sich die Krimtataren nur außerhalb der zentralen Plätze Simferopols versammeln, etwa auf den Friedhöfen oder Straßen. Über den Betenden kreisten

---

<sup>13</sup> Der „Kurultaj“ ist das höchste Repräsentativorgan der Krimtataren. Die Mitglieder des Kurultaj werden durch Wahlen bestimmt und er ist fünf Jahre lang im Amt. Vereinfacht gesagt kann man ihn als Parlament der Krimtataren bezeichnen.

<sup>14</sup> Mehr zu seinem Fall siehe oben unter Punkt 4.2.

Ein Jahr Annexion – Ein Jahr systematische Menschenrechtsverletzungen an den Krimtataren

Hubschrauber und Armeeflugzeuge. Refat Tschubarow, Präsident des Medschlis, sagte danach, dies sei das erste Mal in 23 Jahren gewesen, dass es so eine Schikane an dem Gedenktag gegeben habe.

Am 26. Juni wurde den Krimtataren verboten, den traditionellen „Tag der krimtatarischen Flagge“ in Simferopol zu begehen. Am 23. August 2014 wurde die Versammlung zum europäischen Tag der Erinnerung an die Opfer von Stalinismus und Nazismus verboten.

Die Regierungsgebäude in Simferopol wurden am 10. Dezember 2014, dem internationalen Menschenrechtstag, von schwer bewaffneten Polizisten und Angehörigen der sogenannten Selbstverteidigungskräfte bewacht. Der zentrale Lenin-Platz, auf den sich in den vergangenen Jahren die Krimtataren zu einer Demonstration am Menschenrechtstag versammelt hatten, war durch Metallzäune abgesperrt. Jeder, der hier durch wollte, wurde von einem Polizisten und mit Metalldetektoren überprüft. Der Einsatz der Metalldetektoren sollte den anderen Passanten wohl signalisieren, dass die Krimtataren besonders gefährlich seien, obwohl gerade sie sich durch eine lange Geschichte friedlichen Widerstands auszeichnen. Auf einer Pressekonferenz erklärten Medschlis-Angehörige, dass sie auf eine Versammlung gegen die Behördenauflagen verzichteten, um Provokationen zu vermeiden. Sie seien für die Sicherheit der Teilnehmer verantwortlich. „Wir kämpfen gegen niemanden, wir kämpfen nur für unsere Rechte und Werte“, betonte der Sprecher der Krimtataren.

Am 11. Februar 2015 lehnten die Behörden von Bachtschisaray den Antrag des Medschlis für eine Demonstration zur Unterstützung des Vizepräsidenten des Medschlis, Achtem Chijgoz, der in Haft gehalten wird, ab.

Am 19. Februar 2015 haben die Behörden in Simferopol den Antrag des Medschlis für eine Demonstration zum Gedenken an den ersten Präsidenten der unabhängigen Republik Krim, Mufti Noman Celebicihan abgelehnt.

## **8. Verstöße gegen die Meinungs- und Pressefreiheit**

Meinungs- und Pressefreiheit auf der Krim sind systematisch eingeschränkt worden. Die meisten Angriffe gegen Journalisten gab es im März 2014 und während des sogenannten Referendums. Alleine in diesem Zeitraum wurden 85 Übergriffe dokumentiert. Seit April 2014 können sich die Krimbewohner immer schlechter unabhängig informieren und im Mai 2014 verschwanden fast alle Presseorgane, die nicht von den neuen pro-russischen Behörden kontrolliert wurden. Eine ganze Gruppe an Journalisten verließ die Halbinsel.

Es gibt keine unabhängigen Radiosender mehr und viele Online-Medien mussten offline gehen. Am 25. Februar 2015 soll in einem Wettbewerb über die Vergabe von Frequenzen entschieden werden. Olga Skrypnik, die stellvertretende Vorsitzende der Feldmission Menschenrechte Krim, sagt: „Die Selbstverteidigungskräfte der Krim setzen körperliche Gewalt systematisch ein, um Journalisten einzuschüchtern. Auch wurden die Arbeitsgeräte von Journalisten zerstört, sie wurden willkürlich verhaftet und bedroht. Außerdem herrsche völlige Straflosigkeit bei Gewalt gegen Journalisten“<sup>15</sup>. Russische Gesetz, etwa das „Extremismus-Gesetz“, die Regelungen zur Registrierung von Medien und andere werden genutzt, um formelle Hürde für Medien aufzubauen, die sie an der Arbeit hindern. Iryna Sedova von *Hromadske Radio*<sup>16</sup> beschreibt, dass Journalisten durch den Geheimdienst FSB unter Druck gesetzt werden. Sie werden überwacht, abgehört und zu „präventiven“ Gesprächen vorgeladen. Auch wollte der FSB Journalisten anwerben. Online-Journalisten berichten darüber, dass der FSB fordert, Kommentare zu zensieren und IP Adressen von Kommentatoren weiterzugeben.

Gerade die krimtatarischen Medien haben unter dieser Kampagne gelitten: Die Zeitung *Avdet* bekam mehrere Schreiben, in denen ihr vorgeworfen wurde, mit ihrer Berichterstattung „Extremismus“ und „interethnischen Hass“ zu fördern.

Am **26. Januar 2015** durchsuchten OMON-Spezialeinheiten<sup>17</sup> sieben Stunden lang den einzigen krimtatarischen **Fernsehsender ATR** in Simferopol. Sie prüften jeden einzelnen Computer, zogen von dort Dateien und nahmen das gesamte Archiv des Senders mit. In der Zwischenzeit hatten sich über 100 Personen versammelt, die gegen die Durchsuchung und die drohende Schließung des Senders protestierten. Polizisten warnten die Demonstranten: „Das hier ist eine nicht genehmigte Demonstration. Ihnen drohen Geldbußen!“ Nach der Durchsuchung sprach Lilja Budschurowa, Chefin des Senders, zu den Demonstranten: „Eine möglicher Schließung des Senders wäre nicht nur ein Schlag gegen den ersten und einzigen krimtatarischen Sender, sondern gegen das ganze Volk.“

Am **13. Februar 2015** sagte Sergej Aksjonow, de facto Regierungschef der Krim, er sei interessiert daran, dass Radio- und Fernsehstationen auf der Krim normal arbeiten. „Die Medien jedoch, die Hysterie schüren und hoffen, dass die Krim zur Ukraine zurückkehrt, Sender, die destruktiv arbeiten, werden nicht auf der Krim arbeiten dürfen. Kein Zweifel. Wir brauchen keine feindlichen Sender hier.“ Er nahm dann nochmal explizit Bezug auf

---

<sup>15</sup> <http://dhrp.org.ua/en/news/629-20150202-en>

<sup>16</sup> <http://hromadskeradio.org/>

<sup>17</sup> OMON (*Otrjad Mobilny Osobogo Nasnatschenija* – „Mobile Einheit besonderer Bestimmung“) ist die Bezeichnung für die russischen Spezialeinheiten des Innenministeriums, die zur Verbrechensbekämpfung eingesetzt werden, aber auch gegen Demonstrationen sowie zur Terrorbekämpfung. Sie sind wegen ihrer massiven Gewaltanwendung z.B. gegen Demonstranten berüchtigt.

die Krimtataren und sagte, niemand dürfe einen Keil zwischen einen und einen anderen Bevölkerungsteil treiben und die Stimmung unter den Krimtataren anheizen. Die Generaldirektorin des krimtatarischen Senders ATR, Elzara IsJamova kommentierte: „Wir sehen uns nicht als „feindlichen Sender“, weil wir weder Freund noch Feind der Regierung sein können. Das ist nicht die Funktion der Medien.“ Der Sender würde jedoch die Menschen über Probleme auf der Krim informieren, falls es welche gebe<sup>18</sup>.

Am **23.Februar.2015** hat die russische Medienaufsichtsbehörde „Roskomnadzor“ der Nachrichtenagentur der Krim „**Crimean News Agency**“ eine Lizenz für die Russische Föderation verweigert. Schon im Oktober hatte die Agentur einen Antrag für solch eine Lizenz gestellt. Seit der Annexion der Krim durch Russland wird den Journalisten dieser Nachrichtenagentur nicht mehr erlaubt, an Presseterminen im Ministerrat, an Parlamentssitzungen oder anderen Regierungsterminen teilzunehmen. Begründet wird das mit der fehlenden Lizenz, wobei andere Journalisten trotz fehlender russischer Lizenz trotzdem zu diesen Terminen zugelassen werden. Die Deadline für die Lizenzvergabe endet am 1. April 2015. Vorher ist es offiziell noch möglich mit ukrainischer Lizenz zu senden.

Aber auch Blogger und freie Journalisten haben unter den Repressionen zu leiden. Bekannt ist der Fall von Liza Bohutski<sup>19</sup>. Sie ist eine Pro-Ukraine Aktivistin und populäre Bloggerin. Am 8. September 2014 wurde ihr Haus in Simferopol von Polizei und Geheimdienst durchsucht und sie selbst zur Befragung auf eine Polizeiwache mitgenommen. Nach mehreren Stunden kam sie wieder frei. Die Polizei fragte nach dem Inhalt ihres Blogs, dessen Texte eventuell als extremistisch eingestuft werden könnten. Nachbarn hätten sie denunziert, erklärte die Polizei. Ihre Artikel seien „anti-russisch“. Sie selbst hält die Hausdurchsuchung und ihre Befragung für Schikane vor den Regionalwahlen am 14. September 2014. Doch die Bedrohung war ihr zu gefährlich und sie verließ die Krim. Ihren Blog führt sie von der Ukraine aus weiter.

Die rund 2.400 Titel umfassende Liste extremistischen Materials, also der russische Index galt immer wieder als Vorwand für Durchsuchungen in Häusern aber auch Schulen und Bibliotheken.

Am 10. September 2014 wurde die Schule im Dorf Tankove, im Kreis Baschtisaray, von sechs bis sieben Männern in Zivil aufgesucht. Sie gingen gleich in die Schulbibliothek und fanden wohl drei Bücher, die auf dem russischen Index stehen sollen. Die Bibliothekarin weiß nicht, um welche Bücher es sich handelt, es seien wohl religiöse Bücher gewesen. Die Männer wanderten in der Schule umher und forderten, dass alle nationalen Symbole der Krimtataren entfernt werden sollten und jagten den Kindern Angst ein

---

<sup>18</sup> <http://qha.com.ua/no-place-for-quot-enemy-media-quot-in-crimea-aksonov-hints-to-atr-133143en.html>

<sup>19</sup> <https://www.facebook.com/liza.bogutskaya?fref=ts>

**Eskender Barijew**, Mitglied des Kurultaj, sagte nach Informationen des *World Bulletin* vom **14. Oktober 2014** aus, dass Lehrer einer Schule in Simferopol alle Bücher in der ukrainischen Sprache oder über die Ukraine gesammelt und vor den Augen der Schüler verbrannt hätten. Manche Schüler wollten noch Bücher retten, aber das wurde ihnen nicht erlaubt. Barijew verglich diesen Vorfall mit dem Verbrennen krimtatarischer Bücher nach der Annexion durch Russland 1783.

**Mitte Januar 2015** wurde die Direktorin der Bibliothek von Feodosia wegen des „Besitzes extremistischen Materials“ zu einer Geldstrafe von 2.000 Rubel verurteilt. Die Strafe ist mit circa 26 Euro nicht hoch, doch die Botschaft ist verheerend: In der Bibliothek wurden 12 Bände des Buches von Vasylyl Marochok: „Ukrainischer Genozid, Holodomor 1932-33“ gefunden. Dieses Buch steht auf dem russischen Index „extremistischen“ Materials. Der Staatsanwalt von Feodosia sagt, dass „der Inhalt des Buches anti-russisch orientiert“ sei. Auch der Direktor der zentralen Bibliothek in Kerch wurde zu einer Strafe von 2.000 Rubel verurteilt, wegen der massenhaften Verbreitung von extremistischem Material“.

## 9. „Nationalisierung“ von Geschäften auf der Krim

Nach Recherchen der *New York Times*<sup>20</sup> hat die Regierung auf der Krim mit Hilfe der sogenannten Selbstverteidigungskräfte, die direkt Regierungschef Aksjonow untergeordnet sind, zusammen mit der Polizei und dem Militär, zahllose Banken, Hotels, Bauernhöfe, Tankstellen, die wichtigste Bäckerei, die Molkerei, sogar die „Yalta Film Studios“ und viele andere Geschäfte enteignet. Die ehemaligen Besitzer sagen, ein solches Ausmaß an Enteignungen habe es seit der russischen Revolution nicht mehr gegeben. „Die Behörden auf der Krim haben freie Hand, wenn es darum geht, das Budget der Halbinsel aufzufüllen. Sie zielen auf Personen, die nicht in ihrer Partei oder Abgeordnete sind“, erklärt ein Anwalt eines Geschädigten. Die Behörden nennen diese Maßnahmen „Nationalisierung“ und argumentieren, dass die Besitzer all dieser Geschäfte korrupt seien.

Das Kiewer Justizministerium gibt an, über 4.000 Ukrainer, die auf der Krim leben, hätten ihren Besitz durch die Konfiszierungen verloren. Doch die Besitzer erhalten keinerlei Kompensationen. Alle 41 ukrainischen Banken mussten schließen, 30 russische Banken traten an ihre Stelle. Viele Klagen wurden bei Gericht eingereicht aber entschieden ist noch nichts. So sollen die Ressourcen der Krim in russische Kontrolle übergehen und einen Ausgleich für die hohen Summen darstellen, die Russland seit der Annexion in die Krim gepumpt hat. Die „Nationalisierung“ wird auch eingesetzt, um ukrainische Besitzer

---

<sup>20</sup> [http://www.nytimes.com/2015/01/11/world/seizing-assets-in-crimea-from-shipyard-to-film-studio.html?\\_r=0](http://www.nytimes.com/2015/01/11/world/seizing-assets-in-crimea-from-shipyard-to-film-studio.html?_r=0)

bzw. politisch nicht vollkommen loyale Geschäftsleute aber auch einfache Bürger von der Krim zu verdrängen. Ihr Besitz wird politisch loyalen, d.h. Moskau und der pro-russischen Krimregierung treuen Personen, übereignet. Diese „Nationalisierungskampagne“ soll noch bis zum 1. März 2014 fortgesetzt und dann beendet werden, teilte Sergej Aksjonow am 17. Februar 2015 mit.

## 10. Verstöße gegen die Religionsfreiheit

Die NGO *Forum 18*<sup>21</sup> veröffentlicht Berichte über die Frage der Religionsfreiheit auf der Krim. Gerade die Rechte der Muslime, der katholischen Christen und die der orthodoxen Kirche Kiewer Patriarchat sowie die Rechte der Zeugen Jehovas wurden verletzt. Die pro-russischen Behörden haben das sogenannte „Extremismus-Gesetz“ sowie den Index der Literatur, die in der Russischen Föderation verboten ist, gezielt eingesetzt, um gegen Gläubige vorzugehen. Zusätzlich dienten auch die neuen Regularien zum Aufenthaltsrecht dazu, Menschen auszuweisen bzw. gültige Visa nicht mehr zu verlängern.

Ein Beispiel dafür ist die katholische Kirche auf der Krim: So musste Pater Piotr Rosochacki, ein polnischer Staatsbürger, Ende November die Krim verlassen, obwohl er seit vielen Jahren für die römisch-katholische Gemeinde in Simferopol zuständig war. Zuvor, im November 2014, wurden bereits drei katholische Nonnen (Franziskanerinnen) ausgewiesen, weil ihr Aufenthaltstitel nicht verlängert worden war. Piotr Rosochacki hatte zwar alle nötigen Dokumente vorgelegt, sein Antrag auf einen gültigen Aufenthalt wurde trotzdem abgelehnt. Es war ihm sogar gelungen, sowohl den pro-russischen Krim-Präsidenten Aksjonow als auch die Generalstaatsanwältin zu treffen, die ihm beide zusicherten, dass er bleiben dürfe. Beide brachen ihr Wort. Nun hat die Gemeinde keinen Seelsorger mehr.

Im Dezember 2014 mussten auch die letzten 23 Imame und muslimischen Lehrer, die aus der Türkei stammen, die Krim verlassen. Dies hing mit der fehlenden Registrierung der Religionsgemeinschaften auf der Krim zusammen. Nur registrierte Gemeinden dürfen Gäste aus dem Ausland einladen. 1.546 Gemeinden müssen sich nun nach russischem Recht registrieren lassen, die Frist war der 1. Januar 2015. Mit dieser Frage sind jedoch viele Schwierigkeiten verbunden:

1. Die Registrierung kann nur unter zwei Bedingungen erfolgen: a) Die Eingliederung in eine religiöse Organisation einer relevanten Glaubensrichtung. b) Eine

---

<sup>21</sup> [http://www.forum18.org/archive.php?article\\_id=2032](http://www.forum18.org/archive.php?article_id=2032)

staatliche Religionsprüfung nach den Vorgaben unter Nr. 53 des Justizministeriums vom 18.2.2009 „Über staatliche Religionsexpertise“.

2. Der aktuelle Status der Gemeinde nach den ukrainischen Bestimmungen muss vorgelegt werden.
3. Nur Bürger der Russischen Föderation dürfen eine religiöse Organisation gründen. Das bedeutet, dass diejenigen, die auf der Krim eine Gemeinde gründen wollen, zuerst die russische Staatsbürgerschaft annehmen müssen.

Auch die Besitzverhältnisse der Gemeinden werden durch die Neu-Registrierung in Frage gestellt. Viele Gemeinden wissen nicht, ob sie weiter Teil ihrer ukrainischen Dachverbände bleiben können. Betroffen davon sind die lutherischen, armenisch-apostolischen, die römisch-katholischen, griechisch-katholischen Gemeinden sowie die orthodoxen Gemeinden Kiewer Patriarchat. Die Zahl der Gläubigen der ukrainisch-orthodoxen Kirche fiel von 15.000 im März 2014 auf unter 9.000 Ende des Jahre 2014 berichtet der Erzbischof Kliment der ukrainisch-orthodoxen Kirche Kiewer Patriarchat, Kliment. Es gebe noch fünf Kirchen. Auch die Zahl der Geistlichen sei zurückgegangen. Keine Gemeinden mehr gebe es in Pereval, Rajon Simferopol und in Krasnoperekopsk, Kerchi und Sevastovol sowie in Sakach.

Am 15. Oktober 2014 schlug der pro-russische Präsident Sergej Aksjonow ein neues Gesetz „über „Glaubensfreiheit, Religiöse Verbände und die Prävention religiösen Extremismus“ vor. Dieser Vorschlag enthielt auch Vorgaben, um „Missionstätigkeit“ einzuschränken, und dass nur registrierte Gemeinden religiöse Literatur produzieren und veröffentlichen dürfen. Er wurde jedoch im Dezember 2014 vom obersten Gericht der Krim abgelehnt. Eine Arbeitsgruppe soll bis am 15. April 2015 eine neue Gesetzesvorlage vorbereiten.

Das ganze Jahr 2014 war von Durchsuchungen, dem Beschlagnahmen von Literatur, Geldstrafen für den Besitz von Literatur, die auf dem russischen Index steht, geprägt. Am 27. August 2014 wurde das erste Extremismus-Urteil aufgrund des Besitzes von religiösen Büchern gefällt. Polizei und Geheimdienst hatten am 13., 19. und 21. August 2014 Gebäude und Privathäuser nach religiösen Büchern durchsucht. Danach wurde Esadullach Bairow vom Gericht in Dzhanko im Norden der Halbinsel zu einer Geldstrafe verurteilt, nachdem bei einer Razzia in der muslimischen Schule (Medresse), für die er die Verantwortung trägt, religiöse Bücher gefunden wurden, die in Russland verboten sind<sup>22</sup>.

---

<sup>22</sup> ([http://www.forum18.org/archive.php?article\\_id=1989](http://www.forum18.org/archive.php?article_id=1989));  
<https://www.facebook.com/bedrohteVoelker?fref=ts>;  
(<http://gfbvberlin.wordpress.com/2014/08/28/religiose-literatur-auf-der-krim-verbotten-stellvertretender-leiter-des-muftiats-wegen-extremismus-verurteilt/>)

## 11. Straflosigkeit für „Selbstverteidigungskräfte“

Die so genannten „Selbstverteidigungskräfte der Krim“ (Samooborona Kryma ) sind Einheiten, die die Übernahme der Krim durch pro-russische Kräfte und russische Soldaten im Februar und März 2014 unterstützt haben und bis heute aktiv sind. Sie unterstehen direkt der pro-russischen Regierung und werden beschuldigt, für schwere Menschenrechtsverletzungen verantwortlich zu sein. Darunter Entführungen, willkürliche Festnahmen, Misshandlungen und Angriffe auf Journalisten. Einer von vielen Fällen war die willkürliche Verhaftung der beiden pro-Ukraine Aktivisten Andriy Schekun und Anatoli Kowalskj am 9. März 2014. Nachdem sie elf Tage an einem unbekanntem Ort festgehalten worden waren, wurden sie der Ukraine übergeben. Im Juni wurde ein Gesetz ins Parlament eingebracht, das eine Amnestie für die Mitglieder der „Selbstverteidigungskräfte“ vorsieht. Dies widerspricht den Vorgaben der Europäischen Menschenrechtskonvention und führt zu Straflosigkeit. Gerade die Menschenrechtsverteidiger auf der Krim warnen vor den Aktivitäten der „Selbstverteidigungskräfte“, sie würden bis heute die Bevölkerung massiv einschüchtern und Verbrechen begehen. Die Einheiten müssten dringend abgeschafft werden, fordert auch der Menschenrechtskommissar des Europarates. Diejenigen, die für Verbrechen verantwortlich sind, müssen vor Gericht gestellt, die anderen in die regulären Polizeieinheiten eingegliedert werden.

Straflosigkeit für die oben beschriebenen Verbrechen und Verstöße ist weit verbreitet. Keiner der genannten Mordfälle wurde aufgeklärt und auch die Fälle von Verschwindenlassen sind nicht aufgeklärt, obwohl Sergej Aksjonow diesen Fällen höchste Priorität eingeräumt hat.

## 12. Schluss

Ein Jahr ist vergangen, seitdem „grüne Männchen“ auf der Krim auftauchten und die Kontrolle übernahmen. Die Krimtataren waren jene Gruppe, die am offensten und entschlossensten der Annexion der Halbinsel durch Russland entgegen trat. Sie treffen nun auch am stärksten die Menschenrechtsverletzungen, Schikanen, Diskriminierung von Seiten der Selbstverteidigungskräfte, der Polizei, des Geheimdienstes und der pro-russischen Regierung.

Viele Krimbewohner befinden sich jedoch in einer rechtlichen Grau-Zone: Die ukrainischen Gesetze gelten nicht mehr, die russischen Gesetze sind offiziell eingeführt, man kennt sich jedoch mit ihnen noch nicht so gut aus und dazuhin erlässt die Regionalregierung auf der Krim eigene Regeln und bedient sich bei der Umsetzung der brutalen „Selbstverteidigungskräfte“. Auch jene Krimbewohner, die für den Anschluss an

Russland waren, waren doch die ukrainische Gesetzgebung gewohnt und sind nun, auch nach Aussagen des Leiters der Feldmission Menschenrechte Krim, Andrej Jurow<sup>23</sup>, erstaunt, wie hart und repressiv die russischen Gesetze sind. Die ukrainischen Menschenrechtsorganisationen können hier nicht mehr arbeiten, russische Organisationen werden im Land so massiv unter Druck gesetzt, dass sie auch noch nicht breit aktiv geworden sind, um die Rechte auf der Krim zu schützen.

Internationalen Organisationen ist der Zugang zur Krim versperrt. Über diese Isolation klagen viele Krimbewohner. Daher wäre es wichtig, dass auch innerhalb der EU die Situation auf der Krim viel genauer als bislang beobachtet wird und regelmäßige Besuche vor Ort stattfinden.

In Einzelfällen von Morden, Verschwindenlassen und Verhaftungen müssen sich einzelne Regierungen und internationale Zusammenschlüsse für Untersuchungen und Freilassungen einsetzen. Gerade die Krimtataren brauchen starke Fürsprecher. Sie sind die indigene Bevölkerung der Krim und haben keinen Staat, der sich für sie einsetzen würde.

---

<sup>23</sup> <http://www.mr7.ru/articles/111236/>

## 13. Anhang

### 13.1 Brief an den russischen Präsidenten Wladimir Putin zum internationalen Menschenrechtstag, 10.12. 2014

An den Präsidenten der Russländischen Föderation, Herrn Wladimir Putin

Göttingen, Flensburg, Brüssel, 10.12.2014

Sehr geehrter Herr Präsident,

am 10. Dezember haben sich jedes Jahr Krimtataren in Simferopol versammelt, auf ihre Lage aufmerksam gemacht und eine Resolution verabschiedet. In diesem Jahr verboten ihnen die pro-russischen Machthaber auf der Halbinsel jedoch alle Arten von Versammlungen – wie auch schon am Gedenktag der Deportation am 18. Mai. Die Gesellschaft für bedrohte Völker (GfbV) beobachtet mit großer Unruhe, dass die Krimtataren sich nicht versammeln dürfen. Das ist ein klarer Verstoß gegen die Versammlungsfreiheit. Die Krimtataren haben also keine Möglichkeit, ihre Sorgen selbst auszudrücken, sie wollen jedoch, dass ihre Stimme gehört wird und das Ziel der russischen Machthaber – sie mundtot zu machen – nicht erreicht wird. Daher haben die Krimtataren die Gesellschaft für bedrohte Völker beauftragt, ihre Forderungen zu veröffentlichen.

Sehr verehrter Präsident Putin, Sie haben in Ihrer Rede am 18. März vor den Abgeordneten der Duma, dem Föderationsrat, den Vertretern der Regionen und der Zivilgesellschaft den Krimtataren eine Sicherheitsgarantie gegeben und versprochen, dass sie sich auf der Krim entfalten könnten und ihre Rechte eingehalten würden.

Auch die Machthaber auf der Krim selbst haben in dem Gesetz über "die Garantie der Rechte des krimtatarischen Volkes und seine Integration in die Gesellschaft der Krim", einen wichtigen Schritt getan. Doch diese Versprechen wurden nie erfüllt, im Gegenteil, wurden und werden Krimtataren Opfer schwerer Menschenrechtsverletzungen:

- Drei junge Krimtataren wurden ermordet. Die Täter wurden bislang nicht ermittelt.
- 19 Krimtataren "verschwanden", ihre Aufenthaltsorte sind unbekannt.
- Moscheen, Medressen und Privatwohnungen von Dutzenden Krimtataren wurden vom russischen Geheimdienst FSB in Zusammenarbeit mit den so genannten "Selbstverteidigungskräften" und der Polizei durchsucht.
- Drei Krimtataren wurden verurteilt, weil sie am 3. Mai versuchten, die wichtigste

politische Symbolfigur, den Abgeordneten des ukrainischen Parlamentes, Mustafa Dschemilew, dem die Einreise auf die Krim verboten wurde, empfangen und begleiten wollten.

- Das Selbstvertretungsorgan, der Milliy Medschlis, wurde durchsucht, er musste seine Gebäude räumen und wird systematisch handlungsunfähig gemacht.
- Die krimtatarischen Medien werden schikaniert, mit Strafverfahren überzogen und mit Schließung bedroht.
- Die schwer bewaffneten ungekennzeichneten Milizen der sogenannten Selbstverteidigungskräfte schaffen nicht mehr Sicherheit in der Krim-Gesellschaft, sondern ein Klima der Angst, der Einschüchterung und psychischen Drucks.
- Unterricht in ukrainischer und krimtatarischer Sprache wurde stark eingeschränkt.
- Tausende Geschäfte und Grundstücke, auch krimtatarische, wurden "nationalisiert", das bedeutet praktisch ohne Kompensation enteignet.
- Krimtataren werden überfallen, ihre Papiere entwendet, um eine Ausreise aus der Russischen Föderation zu verhindern.
- Bei Razzien werden gezielt Personen "nicht-slawischen Aussehens" gestoppt, ihre Papiere werden überprüft, sie werden in die Büros der "Abteilung zu Bekämpfung des Extremismus" mitgenommen, wo ihre Fingerabdrücke genommen und sie fotografiert werden. Überproportional viele Krimtataren sind davon betroffen.
- Die lokalen Machthaber bauen parallele Strukturen zu den bestehenden rechtmäßigen Selbstvertretungsorganen auf und versuchen mit ihrer "Teile- und Herrsche"-Politik die nationale Bewegung der Krimtataren zu spalten.

Daher fordern die Krimtataren von der russischen Regierung und den Machthabern auf der Krim:

- Die schweren Menschenrechtsverletzungen an Krimtataren müssen sofort gestoppt werden.
- Die Morde an Angehörigen der Volksgruppe müssen lückenlos, unabhängig und schnell aufgeklärt und die Täter zur Rechenschaft gezogen werden.
- Die Einreiseverbote gegen Mustafa Dschemilew und den Präsidenten des Medschlis, Refat Tschubarow müssen aufgehoben werden.
- Die gegebenen Garantien müssen eingehalten, die individuellen und kollektiven Rechte der Krimtataren müssen umgesetzt werden.
- Versammlungsfreiheit, Meinungsfreiheit und Reisefreiheit müssen garantiert werden.
- Eine Ermöglichung der doppelten Staatsbürgerschaft ist anzustreben und straffrei zu garantieren.
- Um all diese Probleme schnellstens zu lösen, muss es endlich zu einem gleichberechtigten und konstruktiven Dialog zwischen den rechtmäßigen Vertretern des krimtatarischen Selbstvertretungsorgans, Milliy Medschlis, und der russischen Seite kommen.

Ein Jahr Annexion – Ein Jahr systematische Menschenrechtsverletzungen an den Krimtataren

Neben der Gesellschaft für bedrohte Völker (GfbV) mit ihrem Generalsekretär Tilman Zülch tragen die FUEN (Federal Union of European Nationalities), vertreten von Präsident Herrn Hans Heinrich Hansen, und die UNPO (Unrepresented Nations and Peoples Organisation), repräsentiert von Generalsekretär Marino Busdachin, diese Initiative.

Mit freundlichen Grüßen,



Generalsekretär, Gesellschaft für bedrohte Völker



UNPO  
Unrepresented Nations and Peoples Organisation  
Marino Busdachin, Generalsekretär



FUEN  
Federal Union of European  
Nationalities  
Hans Heinrich Hansen, Präsident

### 13.2 Resolution der Jahresversammlung der Gesellschaft für bedrohte Völker 22.9.2014

#### **Krimtataren und Ukrainer auf der Krim gegen Repressionen und Schikanen schützen!**

Nach der Annexion der Krim durch die Russische Föderation hat sich die Situation in Bezug auf die Einhaltung der Menschenrechte und die Rechtsstaatlichkeit massiv verschlechtert. Insbesondere stehen die ethnischen Krimtataren, das indigene Volk der Krim, sowie Ukrainer, die ihre politische Meinung ausdrücken und die Legitimität der Annexion der Krim nicht anerkennen, unter Druck.

In der letzten Zeit gehen die Behörden zunehmend systematisch gegen diese Personengruppe vor. Verfolgt wird auf Grund von Religionszugehörigkeit, Nationalität und politischer Einstellung. Menschen werden entführt und verhört, Häuser durchsucht, das Recht auf Versammlungsfreiheit und freie Ein- und Ausreise auf die Krim stark eingeschränkt.

Der russische Geheimdienst FSB hat z. B. Durchsuchungen im Büro des Medschlis und der Redaktion der krimtatarischen Zeitung Avdet durchgeführt; Mustafa Dschemilew und Refat Tschubarow, die wichtigsten krimtatarischen Politiker, dürfen nicht mehr auf die Krim reisen. Die Häuser von Mitgliedern des Medschlis und von Aktivisten wurden durchsucht, genauso wie Schulen und Moscheen. Massenveranstaltungen im Zentrum von Simferopol und anderen Stadtzentren wurden verboten, z. B. am Gedenktag an die Opfer der Deportation 1944 und am Tag der nationalen Flagge.

Die ukrainische Symbolik ist auf der Krim fast völlig verboten, darunter die ukrainischen Fahnen, die brutal von Gebäuden heruntergerissen werden. Aktivisten, die ihre pro-ukrainische Meinung öffentlich äußern, werden bedroht: Das Haus von Lisa Bohutska, einer bekannten pro-ukrainischen Bloggerin, wurde durchsucht. Mehrmals verhörten Polizei und Geheimdienst die Bloggerin, so dass sie aus Sicherheitsgründen fliehen musste. Die ukrainischen Schulen stehen unter Druck: Von sieben ukrainisch-sprachigen Schulen ist nur eine geblieben. Zudem wurde die Anzahl von Stunden für die ukrainische und die krimtatarische Sprache reduziert. Gleich nach der Annexion der Krim wurde die Arbeit von ukrainischen Massenmedien behindert, heute kann sie faktisch nur im Untergrund geschehen.

Derartige Maßnahmen der Besatzungsregierung der Krim führen öfter dazu, dass die Krimtataren und Ukrainer gezwungen sind, ihre Heimat, die Krim, zu verlassen. Nach Angaben des ukrainischen Büros des Hohen Flüchtlingskommissars der Vereinten Nationen sind mehr als 17 000 Personen von der Krim geflohen.

Vor diesem Hintergrund wenden wir uns an die deutsche Bundesregierung mit der Bitte, folgende Schritte zu unternehmen:

- Dazu beizutragen, dass der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte (EGMR) Fälle in Bezug auf die Verletzung der Menschenrechte auf der Krim im Schnellverfahren behandelt;
- Eine trilaterale menschenrechtliche Beobachtungsmission (Ukraine, Russland und EU) zu gründen, an der sich auch Vertreter von NGOs aus der Krim beteiligen sollen und auch einen freien Zugang für ausländische Journalisten auf die Krim zu gewähren;
- die Botschaft der Bundesrepublik Deutschland in der Russischen Föderation soll die Gerichtsprozesse gegen die politischen Gefangenen, die Bürger der Ukraine sind, namentlich Oleh Senzow, Natalja Sawtschenko, Oleksander Koltschenko, Hennadij Afanasjew, Oleksij Tschirnij beobachten. Diese Personen müssen der Ukraine übergeben werden.
- Von der Regierung der Russischen Föderation fordern, die Durchsuchungen in krimtatarischen Familien einzustellen, das Gebäude dem Medschlis

zurückzugeben, die Einreiseverbote für Mustafa Dschemilew und Refat Tschubarow auf die Krim müssen aufgehoben werden.

- Die humanitäre Hilfe für die Binnenflüchtlinge aus der Krim und dem Osten der Ukraine wird nach dem Restprinzip geleistet. Daher ist es notwendig, ein Sonderprogramm für die Binnenflüchtlinge aus diesen Regionen der Ukraine zu initiieren. Gleichzeitig möchten wir betonen, dass es von großer Bedeutung ist, medizinische Hilfe für die Betroffenen aus der Region der Antiterroroperation zu leisten. In diesem Zusammenhang sind auch gepanzerte Ambulanzfahrzeuge für den Einsatz in der Region der Antiterroroperation sowie medizinische Ausstattung notwendig. Wichtig ist, die Behandlung von Verletzten in der Bundesrepublik Deutschland zu ermöglichen, die im Rahmen eines staatlich geförderten Programms verlaufen sollte.

•

Nach der Annexion wurde die Krim isoliert, weil viele internationale Programme und Initiativen ihre Arbeit niedergelegt haben. Die meisten internationalen Organisationen und Stiftungen haben ihre Tätigkeit völlig eingestellt. Die Bevölkerung der Krim darf nicht isoliert oder abgeschottet werden. Neue Bildungs- und Kulturprogramme müssen aufgelegt und von der Bundesregierung gefördert werden.

Resolution der Gesellschaft für bedrohte Völker, 22. September 2014, unterzeichnet von:

**Krym SOS**

**Crimea Field Mission for Human Rights**

**Kreativ EU, Winnizya**

**Pravo, Berlin Group for Human Rights in Ukraine**

**Euromaidan Wache Berlin**

**Artikel20.org**

**Deutsch-Krimtatarischer Dialog**

**TAMGA-Netzwerk für deutsch-tatarische Integration**

**YEN – Youth of European Nationalities**